

# Bombe aus Brüssel

Vorbild Zypern? Nach dem Rettungsprogramm für den Mittelmeerstaat fordern europäische Politiker, den Finanzsektor stärker an den Kosten von Bankpleiten zu beteiligen. Die Börsianer sind verstimmt, doch der Vorschlag ist überfällig.

Nur nicht auffallen, das war bislang die Devise von Jeroen Dijsselbloem, 47, dem neuen Chef der Euro-Gruppe. Als der holländische Finanzminister vor drei Monaten sein Amt antrat, schaltete er als Erstes seinen Twitter-Zugang ab. In den Sitzungen ließ er meist die Amtskollegen reden, und wenn er sich anschließend der Brüsseler Presse präsentierte, begann er seinen Vortrag mit Sätzen wie: „Vielleicht ist es gut, wenn ich erst mal etwas sage.“

Der Mann war offenbar entschlossen, der Langweiligste unter allen Brüsseler Langweilern zu werden, bis er vergangenen Montag etwas tat, womit niemand gerechnet hatte: Er zündete eine Bombe. Die Art und Weise, wie bei der Zypern-

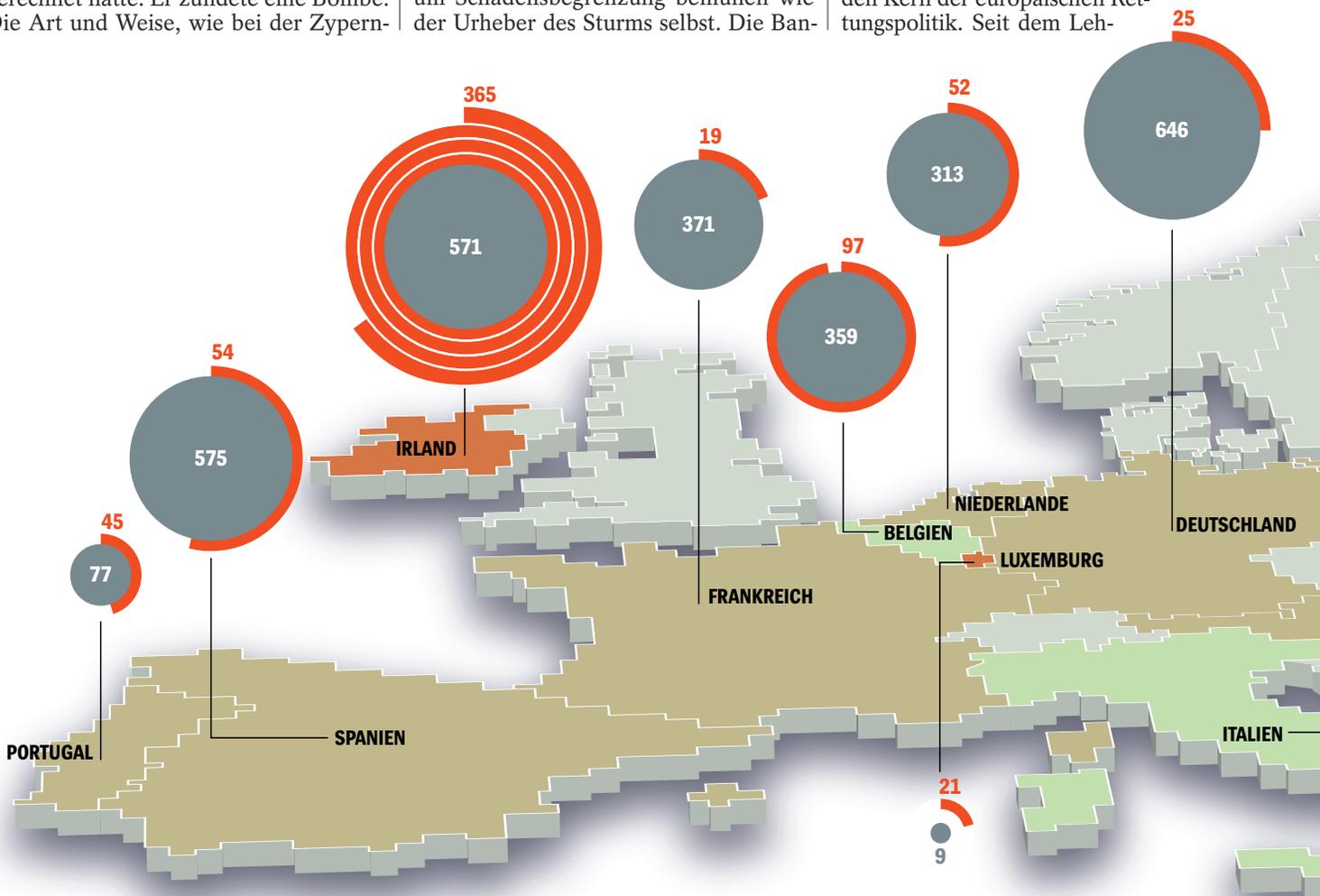
Rettung vermögende Anleger herangezogen worden seien, könne zum Modell für die ganze Euro-Zone werden, ließ er wissen. Künftig sei bei allen Hilfsprogrammen zu prüfen, wie Aktionäre, Anleihegläubiger und Großsparer der Banken beteiligt und die Steuerzahler geschont werden könnten. Nichts weniger als eine „Kehrtwende“ kündigte der Minister an.

Zypern als Vorbild? Kaum hatte Dijsselbloem seinen Sprengsatz abgefeuert, registrierten die internationalen Nachrichtenagenturen die Einschläge. Die Börsen brachen weltweit ein, der Euro sackte auf ein Vier-Monats-Tief, und die Spitzen der EU-Institutionen mussten sich genauso um Schadensbegrenzung bemühen wie der Urheber des Sturms selbst. Die Ban-

ken der Mittelmeerinsel seien selbstverständlich „ein Sonderfall“, ruderte der Finanzminister zurück, und die „Bild“-Zeitung höhnte, der Mann mit den stets gegelten Locken werde in Brüssel nur noch „Dusselbloem“ genannt.

Der Spott könnte sich als voreilig erweisen. Tatsächlich hat Hollands Finanzminister nur ausgesprochen, was in Europa viele denken. Die Zeit ist reif, so heißt es im Straßburger Europaparlament wie in vielen Hauptstädten des Kontinents, den Finanzsektor stärker an den Kosten von Bankpleiten zu beteiligen.

Es geht um mehr als um den Umgang mit insolventen Kredithäusern, es geht um den Kern der europäischen Ret-



man-Schock 2008 haben von Rom bis Helsinki vor allem die Steuerzahler für die Krisenfolgen einstehen müssen. Pleitebanken wie die deutsche Hypo Real Estate oder Spaniens Bankia wurden künstlich am Leben gehalten, Eigentümer und Kreditgeber geschont. Den Vorteil hatten nicht nur die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten, sondern auch große Bankstandorte wie Luxemburg oder London, die darauf zählen konnten, dass im Zweifel die Staaten ihre bebenden Kredithäuser verteidigten.

Damit muss Schluss sein, fordert nun eine wachsende Zahl von Politikern und Experten. Künftig müssten vor allem „die Banken sich selber retten“, verlangt Kanzlerin Angela Merkel. Und Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret ist davon überzeugt, dass die Krisenbranche nur gesunden kann, wenn die „implizite Staatsgarantie für Banken“ fällt.

Sie war ein wesentlicher Grund, weshalb Landesbanken in Ramschpapiere investierten, irische und spanische Institute exzessiv zweifelhafte Immobilienprojekte finanzierten und zyprische Geldhäuser zur Drehscheibe für Investoren mit Hang zur Steuervermeidung wurden. An der Garantie liegt es auch, dass Bankbilanzen auf ein Vielfaches der Wirtschaftsleistung ihres Landes anschwellen. „Es gibt nicht nur einzelne Kreditinstitute, die zu groß sind, um sie fallen lassen zu können, es



Finanzpolitiker Lagarde, Schäuble: Lage schöngeredet

gibt offensichtlich auch ganze Bankensysteme, für die das gilt“, sagt Dombret. Die Geldbranche eines Landes müsse so ausgelegt sein, dass eine Volkswirtschaft eine Schiefelage selbst bewältigen kann.

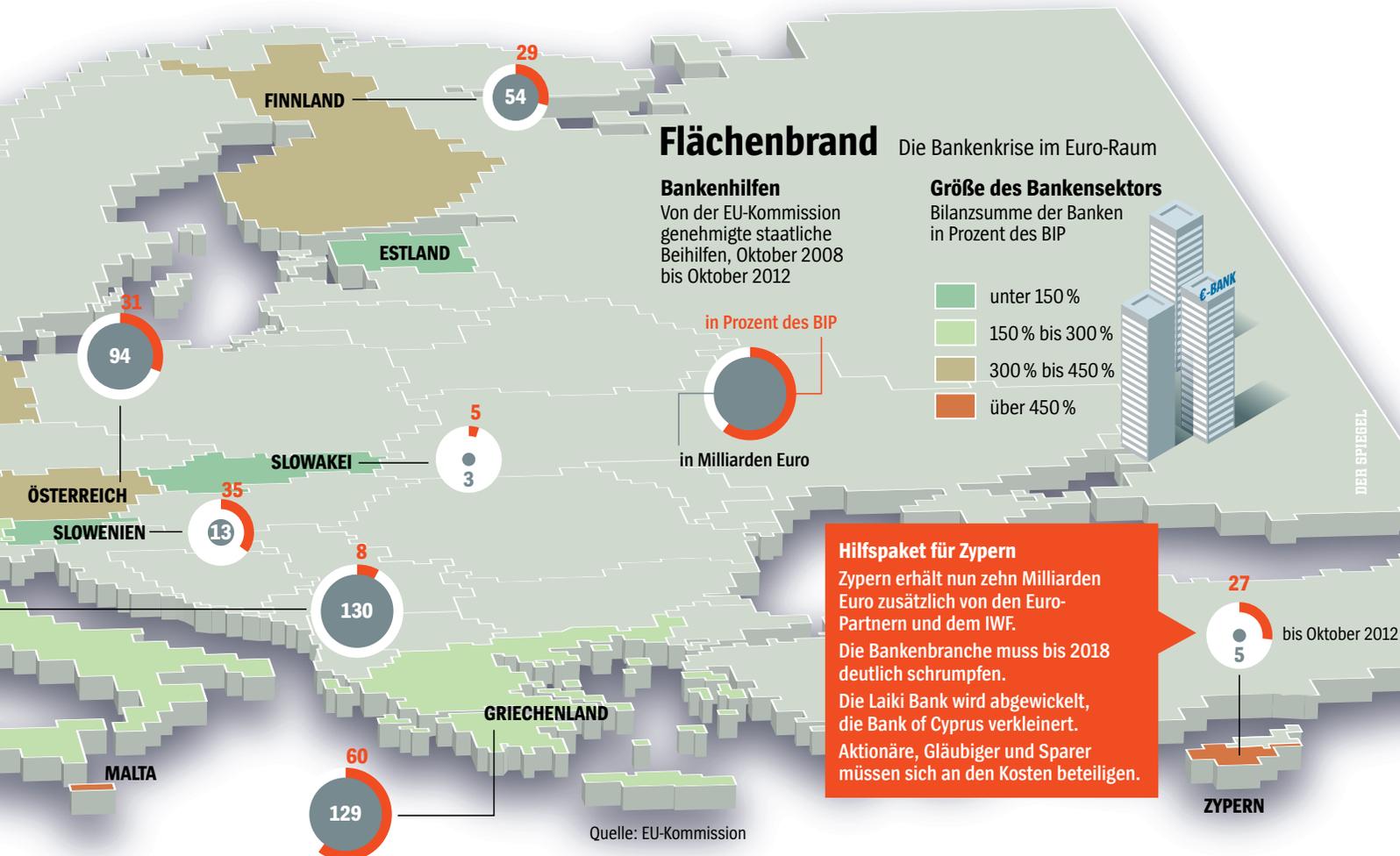
Doch wo ist das der Fall? Zyperns Bankbilanzen sind siebenmal so groß wie die Wirtschaftsleistung der Insel. In Irland ist die Relation ähnlich, obwohl die Banken in diesen Ländern seit vier Jahren verkleinert werden. Noch krasser ist das Missverhältnis in Zwergstaaten wie Malta und Luxemburg, dort beträgt das Verhältnis 8 oder gar 22 zu 1.

Der Euro-Zone ist es seit Ausbruch der Krise nicht gelungen, die Banken zurückzustutzen. Die Bilanzen der Geldkonzerne sind dreieinhalb mal so hoch wie die Wirtschaftsleistung der Währungsunion.

Anders als die USA, die in den vergangenen Jahren Hunderte, zu meist kleinere Geldhäuser abwickelten, redeten sich die Europäer die Lage schön. Als die IWF-Chefin und frühere französische Finanzministerin Christine Lagarde vergangene Woche in Frankfurt über Fortschritte bei der Bankenregulierung sprach, legte sie ein paar scheinbar beeindruckende Zahlen vor: 20 Banken seien seit 2007 abgewickelt worden, 60 befänden sich in einer tiefgreifenden Restrukturierung.

Doch die Zahlen führen in die Irre. Die meisten Banken wurden wie die HRE oder Northern Rock verstaatlicht, wie die Sachsen LB anderen Instituten untergeschoben oder in kleinere Teile zerlegt, wie die WestLB. Verschwunden sind die wenigsten. Vor allem aber zeigen Lagardes Zahlen nicht, wer für die Kosten des Banken-Lazarets aufkommt. „Leider musste bei allen Schiefagen seit Ausbruch der Finanzkrise der Steuerzahler einspringen“, bilanziert Bundesbank-Vorstand Dombret.

Fünf Billionen Euro an Hilfen für den Finanzsektor genehmigte die EU-Kommission seit 2008, das entspricht 40 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung. Allein Deutschland stellte 646 Milliarden Euro für seine Kredithäuser bereit. Die privaten Gläubiger der Banken wurden dabei nur bescheiden zur Kasse gebeten. In Irland beispielsweise steckte der Staat viermal so viel Kapital in die Banken-





REUTERS

## Euro-Gruppen-Chef Dijsselbloem\*: „Abkehr von staatlichen Bankenhilfen“

rettung wie die privaten Geldgeber. Ähnlich ist die Relation in Spanien.

Auch die Aktionäre der gescheiterten Institute haben längst nicht in allen Fällen ihr Geld verloren. Commerzbank-Aktionäre etwa durften ihre Anteile trotz 18,2 Milliarden Euro Staatshilfe behalten.

In vielen Fällen war von den Aktionären schlicht zu wenig zu holen, um die Institute zu stabilisieren. „Das Beispiel Zypern zeigt anschaulich, wie wenig Eigenkapital Europas Banken besitzen, um eventuelle Verluste aufzufangen“, erklärt Harald Hau, 46, Finanzwissenschaftler an der Universität Genf. Für ihn hat die ungleiche Lastenverteilung zwischen Bankaktionären und Steuerzahlern System, er spricht von „real existierendem Bankensozialismus“.

Wegen des zu geringen Kapitals der Banken würden die Steuerzahler faktisch zu Teilhabern, weil sie im Falle einer Schieflage unweigerlich zur Kasse gebeten werden. „Doch im Gegensatz zu den Aktionären werden sie für dieses Risiko in keiner Weise entschädigt“, klagt Hau.

In Zypern haben die Euro-Retter erstmals bewiesen, dass die Lasten auch anders verteilt werden können.

Das zweitgrößte Geldhaus des Landes, die Laiki Bank, wird abgewickelt, die restlichen privaten Aktionäre der schon weitgehend verstaatlichten Bank sowie die Gläubiger werden zur Kasse gebeten. Vor allem aber sollen erstmals auch vermögende Sparer Geld verlieren, Einlagen von mehr als 100 000 Euro werden zur Abdeckung von Verlusten herangezogen.

„Das Vorgehen ist gut, weil Gläubiger und große Einlagen miteinbezogen werden“, lobt Daniel Gros, Direktor des Centre for European Policy Studies. Die Zypern-Lösung könne zum Vorbild für den Umgang mit Banken in anderen Krisenländern werden. „In den vergangenen Jahren hat man unter Verweis auf die dramatischen Marktverwerfungen nach der Lehman-Pleite die Banken und ihre Gläubiger gerettet.“ Jetzt werde man sagen:

Seht auf Zypern, der Markt hat positiv auf den Plan reagiert, eine Großbank auf Kosten der Gläubiger abzuwickeln.

Zwar löst die Beteiligung privater Gläubiger immer noch Ängste aus, es könnte zu einer Kapitalflucht aus den Krisenländern kommen. Bankkunden und -gläubiger könnten ihr Geld „von den schwachen zu den stärksten Instituten verlagern“, sagt Uwe Burkert, Chefvolkswirt der Landesbank Baden-Württemberg. Doch bislang reagierten die Finanzmärkte erstaunlich gelassen auf die Bedingungen für die Zypern-Hilfe. Seit EZB-Präsident Mario Draghi im vergangenen Sommer erklärte, „alles Erforderliche“ für das Überleben des Euro zu tun, hat sich die Lage in den Krisenländern erheblich stabilisiert.

Wenn das so bleibt, steht der Umsetzung von Dijsselbloems Plänen nichts im Wege. Auch die EU-Kommission ist im Grundsatz dafür. Schon im vergangenen Juni hatte Binnenmarktkommissar Michel Barnier einen ersten Entwurf für eine Abwicklungsrichtlinie vorgelegt. Danach sollen private Investoren künftig an den Kosten einer Banken-Schieflage beteiligt werden – in welcher Reihenfolge, blieb jedoch offen. Der Finanzwissenschaftler Hau kritisiert das und fordert, es müsse eine klare Rangfolge festgelegt werden.

Im EU-Parlament wird genau das nun diskutiert. „Wir wollen die Stellung der Einlagenkunden deutlich stärken“, sagt der schwedische EU-Abgeordnete Gunnar Hökmark. Einlagen bis 100 000 Euro sollten von jeder Verlustbeteiligung ausgenommen werden. Darüber hinausgehende Sparguthaben würden erst herangezogen, wenn Verluste durch Aktionäre und andere Gläubiger nicht vollständig aufgefangen werden könnten.

Doch Regierungen und Parlamentarier streiten erbittert um das Kleingedruckte. Während die Vertreter Finnlands, Hollands oder Deutschlands den Finanzsektor so früh und umfassend wie möglich einbeziehen wollen, bremsen die Schuldenländer des Südens genauso wie jene Regierungen, die um ihre heimische Finanzindustrie fürchten.

Der Luxemburger Finanzminister Luc Frieden etwa warnt davor, nach dem Vorbild Zyperns auch Großsparer mit Vermögen von mehr als 100 000 Euro zur Kasse zu bitten. „Das führt dazu, dass Investoren ihr Geld außerhalb der Euro-Zone anlegen“, klagt Frieden. „Man muss in dieser schwierigen Situation alles vermeiden, was zu Instabilität führt und das Vertrauen der Sparer zerstört.“

Die Abwehrfront ist groß, doch die Dijsselbloem-Anhänger sehen sich im Aufwind. Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider plädiert dafür, das Vorhaben schon im Jahr 2014 statt wie bisher geplant 2018 zu starten. „Das Modell der Bankenrettung, bei dem der Staat Anleihegläubiger und Großinvestoren schützt, ist am Ende seiner gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz.“ Bundesbank-Vorstand Dombret hält es ebenfalls für sinnvoll, „die Einführung einer europäischen Abwicklungsordnung auf 2015 vorzuziehen“. Norbert Barthle, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, räumt ein: „Zur Rettung einer Bank müssen wir zunächst die Eigentümer beziehungsweise Gläubiger heranziehen.“

Am Ende steht das Fazit, dass Dijsselbloems Vorschlag – so richtig er ist – das Geschäft der Euro-Retter nicht gerade erleichtern wird. Einerseits ist die Debatte dringend notwendig, um mit dem heutigen Geschäftsprinzip des Bankensektors Schluss zu machen, nach dem Gewinne privat kassiert und Verluste verstaatlicht werden. Andererseits drohen neue Konflikte innerhalb der Währungsunion. Der Streit um Europas Bankensystem könnte bald genauso erbittert geführt werden wie der zwischen Nord und Süd. Hollands Finanzminister jedenfalls ist entschlossen, die Auseinandersetzung zu führen. Auch wenn er erklärt hat, Zypern nicht länger als Vorbild zu preisen, will er am Kern seines Vorstoßes festhalten. „Die Beruhigung an den Finanzmärkten sollte dazu genutzt werden“, sagt er, „die Abkehr von staatlichen Bankenhilfen zu vollziehen.“

MARTIN HESSE, MICHAEL SAUGA,  
CORNELIA SCHMERGAL, CHRISTOPH SCHULT

\* Im niederländischen Parlament in Den Haag am 26. März.